I n h a l t s v e r z e i c h n i s

zur Niederschrift über die 3./XI. Ratsperiode Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 16.06.2021, 17:00 Uhr, im Saal der Stadthalle Kleve

		Seite
Öffentliche Sitzung		
1.	Bestellung eines zweiten stellvertretenden Schriftführers	4
2.	Situation der obdachlosen Menschen in Kleve Vortrag der Verwaltung	4
3.	Quartiersmanagement Vorstellung der Quartiersmanagerin Isabell Diekhoff	4 - 5
4.	Bericht des Fachbereiches Arbeit und Soziales	5
5.	Beteiligung der Stadt Kleve an der Initiative "Seebrücke - schafft sichere Häfen" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 31.03.2021)	5 - 6
6.	Schaffung einer zusätzlichen Unterkunft mit psychosozialer Begleitung für obdachlose Frauen in Kleve (Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 11.05.2021)	6
7.	Mitteilungen ./.	6
8.	Anfragen	
	a) Gebühren Übergangsheim	6
	b) Barrierefreier Übergang Bahnhof	6

N i e d e r s c h r i f t

über die 3./XI. Ratsperiode Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 16.06.2021, 17:00 Uhr, im Saal der Stadthalle Kleve

Unter dem Vorsitz des
Ratsmitgliedes Wucherpfennig, Brigitte
sind anwesend die Ratsmitglieder:

Dörper, Sarah	GRÜNE	
Geier, Stephan	SPD	
Kanders, Angelika	CDU	
Kanders, Josef	CDU	
Marbach, Maja Manolita	GRÜNE	
Oversteegen, Maarten	FDP	für Edler, Heike
Plorin, Gerd	AfD	für Görtz, Tim
Sanders, Norbert	CDU	
Schoofs, Rebecca	CDU	für Grundmann, Tobias
Schütt, Britta	OK	
Sevim, Cemile	SPD	
Siebert, Susanne	GRÜNE	
Teigelkötter, Friedrich	CDU	für Kamps, Andrea
Well, Oliver van	CDU	

sachkundigen Bürger:

Boumanns, Daniel	
Hell, Dominik	
Kehm, Robin	
Dr. Lemhöfer, Kristin	
Lipp, Liesel van	Gegangen während TOP 1
Muhs, Friedrich	
Schönrock, Peter	
Verhoeven, Joachim	für Ricken, Christa

Nicht anwesend:

Edler, Heike	FDP
Görtz, Tim	AfD
Grundmann, Tobias	CDU
Kamps, Andrea	CDU
Dußling, Hans-Jürgen	
Ricken, Christa	

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bürgermeister Gebing
Verwaltungsdirektor Erps
Oberverwaltungsrat van Hoof
Verwaltungsdirektor Keysers

Tariflich Beschäftigte Lemm
Gleichstellungsbeauftragte Tertilte-Rübo
Tariflich Beschäftigter Görtz als Schriftführer

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen worden ist und dass keine Beanstandungen zur Tagesordnung sowie zur Niederschrift der letzten Sitzung bestehen.
Zu Beginn der Sitzung teilt StV. Wucherpfennig mit, dass die Tagesordnung aufgrund einer Erkrankung des Schriftführers und der stellvertretenden Schriftführerin angepasst werden muss, da ein zweiter stellvertretender Schriftführer zu bestellen ist. Gegen die Änderung der Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Der TOP 1 lautet demnach „Bestellung eines zweiten stellvertretenden Schriftführers“.
Ebenfalls fragt StV. Wucherpfennig an, ob Bedenken gegen eine Zusammenlegung des ehemaligen TOP 1 (neu TOP 2) und des ursprünglichen TOP 5 (neu TOP 6) bestehen. Da aus dem Gremium keine Einwände kommen, werden die jetzigen TOP 2 und TOP 6 in TOP 2 zusammengefasst.

Öffentliche Sitzung

1. Bestellung eines zweiten stellvertretenden Schriftführers

Die Verwaltung schlägt vor, den tariflich Beschäftigten Dirk Görtz zum zweiten stellvertretenden Schriftführer zu bestellen.

Beschluss:
Der tariflich Beschäftigte Dirk Görtz wird einstimmig zum zweiten stellvertretenden Schriftführer bestellt.

2. Situation der obdachlosen Menschen in Kleve
Vortrag der Verwaltung

Fachbereichsleiter van Hoof stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation, welche als Anlage beigefügt ist, die derzeitige Situation von obdachlosen Menschen in Kleve dar.

Im Anschluss der nachfolgenden Diskussion bittet die Ausschussvorsitzende Wucherpfennig die Verwaltung um Sachstandsbericht in den nachfolgenden Sitzungen des Sozialausschusses.

StV. Marbach erläutert anschließend den Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Schaffung einer zusätzlichen Unterkunft mit psychosozialer Begleitung für obdachlose Frauen in Kleve.

StV. Kanders meldet für die CDU-Fraktion beratungsbedarf an.

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Empfehlung an den Rat verwiesen.

3. Quartiersmanagement
Vorstellung der Quartiersmanagerin Isabell Diekhoff

Die Quartiermanagerin Isabell Diekhoff stellt sich, ihre bisherige Arbeit und einen Ausblick im Rahmen einer PowerPoint-Präsentation, ebenfalls dieser Niederschrift beigefügt, vor.

Auf die Frage von StV. Dr. Lemhöfer, ob der Quartiersmanagerin ein Budget zur

Verfügung stehe, antwortet Fachbereichsleiter Erps, dass im Haushalt der Stadt Kleve ein Betrag in Höhe von 20.000 € für Quartiersentwicklung berücksichtigt werde.
StV. Geier erläutert, dass seiner Erinnerung nach die Quartiersmanagerin nicht nur für das bestehende Quartier zwischen Königsallee, Merowingerstraße, Lindenalle und Hoffmannallee zuständig sei, sondern auch für weitere Quartiere in Kleve. Fachbereichsleiter Erps antwortet daraufhin, dass dies richtig sei, sich jedoch zunächst die Arbeit der Quartiersmanagerin auf das genannte Quartier konzentriere. Die Erfahrungen hieraus sollen zu einem späteren Zeitpunkt für zukünftige Quartiere herangezogen werden.

StV. Siebert fragt an, ob die gesammelten Ideen im Rahmen der seinerzeit durchgeführten Zukunftswerkstatt bei der weiteren Arbeit der Quartiermanagerin berücksichtigt werden.
Quartiersmanagerin Diekhoff antwortet daraufhin, dass die Ergebnisse in ihre Studie eingeflossen sind, aber eventuell noch anzupassen sind, da seit der Durchführung der Zukunftswerkstatt bereits einige Zeit verstrichen ist.

4. Bericht des Fachbereiches Arbeit und Soziales

Fachbereichsleiter Erps stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation, welche dieser Niederschrift beigefügt ist, den Bericht des Fachbereiches Arbeit und Soziales vor.

5. Beteiligung der Stadt Kleve an der Initiative "Seebrücke - schafft sichere Häfen" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 31.03.2021)

StV. Dörper erläutert für die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN den Antrag.

StV. Plorin erklärt, dass es sich bei dem Antrag um keine Seenotrettung handelt, sondern um illegale Migration. Dieser betroffene Personenkreis kann auch auf legalem Weg in die BRD einreisen. Gerade alleinstehende Personen sollen in ihrer Heimat bleiben und dort beim Wiederaufbau helfen. Daher lehne die AfD-Fraktion den Antrag ab.

StV. Geier erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag unterstütze und eine entsprechende Empfehlung dem Rat gebe.

StV. Overstegen erklärt, dass es nicht Aufgabe der Kommune sei, Integrationspolitik zu betreiben. Dafür sei der Bund bzw. die EU zuständig. Er betont, dass in Kleve seit Jahren gute Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsarbeit geleistet werde. Daher werde die FDP-Fraktion den Antrag nicht befürworten.

StV. Kanders erläutert, dass in Kleve in der Vergangenheit die Aufnahme von Flüchtlingen/ Asylsuchenden bereits über „Soll“ erfolgte. Der Sozialausschuss sei für einen solchen Antrag das falsche Gremium, da die Zuständigkeit beim Bund bzw. die EU liege. Dennoch unterstütze die CDU-Fraktion den Antrag mit Ausnahme der Seenotrettung. Als Kompromiss bietet die CDU-Fraktion an, dass dem Antrag in den Punkten 1, 3, 4 und 5 zugestimmt und der Punkt 2 aus dem Antrag entfernt werde.

StV. Siebert ergänzt, dass der Antrag Signalwirkung haben soll. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN akzeptiert den Kompromissverschlag der CDU-Fraktion. Punkt 2 des Antrages wird daher zurückgezogen.

Bürgermeister Gebing erklärt, dass die Stadt Kleve sich immer solidarisch gegenüber

Flüchtlingen/Asylsuchenden verhalten habe. Er regt an, dass in Punkt 4 das Wort „weiterhin“ eingefügt wird.

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Kleve bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN mit folgenden Änderungen zuzustimmen:

1. Punkt 2 des Antrages wird ersatzlos gestrichen.
2. Das Wort „weiterhin“ wird im ersten Satz von Punkt 4 eingefügt („Die Stadt Kleve sorgt weiterhin für ein langfristiges Ankommen [….]“)

6. Schaffung einer zusätzlichen Unterkunft mit psychosozialer Begleitung für obdachlose Frauen in Kleve (Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 11.05.2021)

Zusammengefasst in TOP 2.

7. Mitteilungen

./.

8. Anfragen

a) Gebühren Übergangsheim

StV. Siebert führt aus, dass im Rahmen „Runder Tisch Asyl“ berichtet wurde, dass in der zentralen Unterkunft Braustraße für ein Bett 310,00 € zu zahlen seien, wenn der/die Bewohner*in über ausreichendes Einkommen verfüge.
Fachbereichsleiter Erps teilt daraufhin mit, dass die Höhe der Gebühr seinerzeit in einer Gebührensatzung festgelegt wurde. Sofern Personen über ausreichendes Einkommen verfügen, ist diese Gebühr tatsächlich zu zahlen. Aufgrund der Gebührensatzung wird die gebühr zum 01.07. eines Jahres neu festgesetzt, durch die Aufgabe der zentralen Unterkunft am Bahnhofsplatz 10 – 14 sind die zu berücksichtigen Kosten geringer, was zu einer Verringerung der Gebühr führen werde.

b) Barrierefreier Übergang Bahnhof

StV. Geier fragt an, wie der aktuelle Stand bezüglich des barrierefreien Überganges am Bahnhof sei.
Bürgermeister Gebing erläutert daraufhin, dass die vorliegenden Planstudien in der Verwaltung besprochen wurden. Diese werden nun in den entsprechenden Fachausschüssen thematisiert. Die daraus resultierenden Ergebnisse werden zu gegebener Zeit dem Sozialausschuss zur Verfügung gestellt.

Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

(Wucherpfennig)
Vorsitzende

(Görtz)
Schriftführer